

PENSIONSKASSEN BRIEF

DES FACHVERBANDES DER PENSIONSKASSEN

4/2018 · 19.10.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits im ersten Halbjahr belasten Handelskonflikte zwischen den USA und China sowie steigende Zinsen in den USA weiterhin die Kapitalmärkte. Die Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen und, wie die österreichischen Pensionskassen in ihrer Veranlagung darauf aktiv reagiert haben, erläutern wir in diesem Pensionskassen-Brief.

Wir berichten Ihnen über die Ergebnisse einer Enquete der ARGE Zusatzpensionen im Justizministerium zu den künftigen Anforderungen an das Pensionssystem. Zudem bringen wir auch einen Kommentar zum Thema Luxuspensionen.

Anfang Juli wurde eine Sonderpublikation mit dem Titel „Vorsorge und Verantwortung - Antworten für die Zukunft“ gemeinsam mit dem Dr. Karl Kummer Institut im Justizpalast präsentiert. Wir informieren Sie über den Inhalt und die hochkarätigen Autoren dieser Publikation.

Eine anregende Lektüre wünschen,

mit freundlichen Grüßen,

Mag. Andreas Zakostelsky
Obmann

Dr. Fritz Janda
Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Veranlagungsergebnis 3. Quartal 2018	3
Wirtschaftliche Analyse 3. Quartal 2018	5
Sommergespräche: Pensionskassen fordern Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge	10
Sonderpublikation „Vorsorge und Verantwortung - Antworten für die Zukunft“ mit dem Dr. Karl Kummer Institut	12
Zusatzpensionen als Ergänzung zur staatlichen Pension müssen rasch ausgebaut werden	15
Über den Fachverband der Pensionskassen	25

Pensionskassen: Veranlagung in schwierigem Umfeld

Die Veranlagung der Österreichischen Pensionskassen hat sich im 3. Quartal durch aktives Veranlagungsmanagement in Relation besser entwickelt als die Kapitalmärkte.

Das Zwischenergebnis der Performance der Pensionskassen zum Ende des 3. Quartals liegt bei minus 0,91 Prozent. Das zeigt eine positive Entwicklung seit dem 2. Quartal (minus 1,2 Prozent) trotz ungünstiger Rahmenbedingungen. Es liegt damit auch deutlich besser als beispielsweise die Kapitalmarktentwicklung bei Europäischen Staatsanleihen mit minus 1,4 Prozent. Allerdings sind die ersten Vorzeichen im 4. Quartal nochmals sehr herausfordernd.

Vor allem die Handelskonflikte zwischen USA und China und die gegenseitige Einführung von hohen Zöllen belasten die Kapitalmärkte. Zudem steigen in den USA die Zinsen und der Dollar-Kurs, was die Anleihen stark unter Druck gebracht hat. In weiterer Folge geraten die Emerging Markets wie beispielsweise Türkei und Argentinien unter Druck, weil diese oft stark in Dollar verschuldet sind und damit deren Schulden steigen und die Zinszahlungen ansteigen. Auch der Ausgang der Verhandlungen zum Brexit ist nach wie vor offen und trägt zur Unsicherheit bei.

Die österreichischen Pensionskassen betreiben ein aktives Veranlagungsmanagement. Sie haben weiter umgeschichtet und beispielsweise in nordamerikanische Aktien investiert, die sich sehr positiv entwickeln. Dadurch konnten Negativeffekte auf den Kapitalmärkten teilweise kompensiert werden.

Wesentlich für die Höhe der Betriebspensionen ist aber immer die langfristige Performance: „Zum Aufbau einer Betriebspension über Jahrzehnte zählen ausschließlich die langfristigen Erträge“, betont Mag. Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen, „und dieses langjährige durchschnittliche Jahresergebnis der Pensionskassen über 27 Jahre liegt bei plus 5,55 Prozent pro Jahr.“

Auch der durchschnittliche Erfolg der letzten 5 Jahre - erwirtschaftet in der Niedrigzinsphase - beträgt plus 5,13 Prozent pro Jahr.“

Pensionskassen haben Reserven gebildet

Aufgrund der guten Veranlagungsergebnisse der letzten Jahre haben die Pensionskassen auch Reserven gebildet. Diese „Schwankungsrückstellungen“ bewirken, dass sich Schwankungen auf den Kapitalmärkten nicht ungebremst auf die Pensionshöhe auswirken. Eine Schwankungsrückstellung ist mit dem Reservekanister eines Autos vergleichbar: In Jahren mit hohen Erträgen wird der Kanister aufgefüllt, um in Jahren mit geringeren Erträgen eine Reserve verfügbar zu haben.

Marktkommentar zum 3. Quartal 2018:

Von Mag. Eva Schwabl-Ott, Vorstand der IBM Pensionskasse

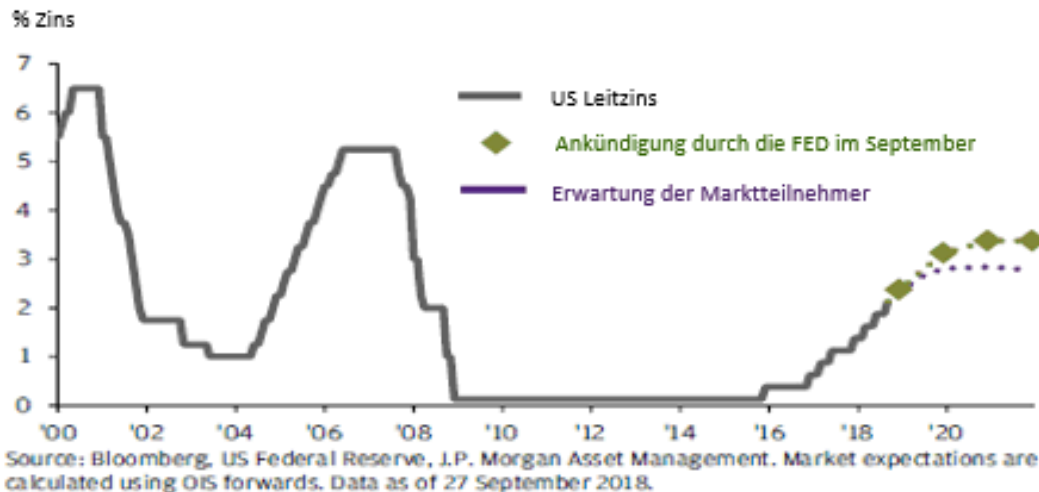
Globales Wachstum einerseits, Entkoppelung der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Regionen getrieben von geopolitischen Spannungen und Handelskonflikten andererseits, sowie die Frage der Budgetdisziplin eines Euro-Mitgliedstaates, das waren die bestimmenden Themen im dritten Quartal 2018.

In den USA sahen wir eine Fortsetzung des Wachstums mit guten Arbeitsmarktdaten und erfreulichen Unternehmensgewinnen. Aber während das Wirtschaftswachstum robust bleibt, zeigt sich der Druck der späten Konjunkturzyklusphase. Die geringe Arbeitslosigkeit bewirkt ein Ansteigen der Löhne, bei dennoch gedämpfter Inflation führt dies zu einer Abflachung der Zinskurve.

Mit dem Fortschreiten der Zinsanhebungen durch die US FED besteht das Risiko, dass die Zinskurve invers wird, also für kurze Laufzeiten höhere Zinsen vorherrschen als für langlaufende Titel, was ein Indikator für ein Abschwächen der Wirtschaft sein kann.

Noch wirken einer solchen Entwicklung steuerliche Anreize sowie die Senkung der Körperschaftssteuer entgegen, ihre Wirkung wird sich aber im Laufe des Zinsanhebungszyklus abschwächen. Im September waren die Zinsen durch die US FED erneut erhöht worden, weitere Zinsanhebungen werden im Dezember und für 2019 erwartet.

US Federal reserve – Zinspolitik

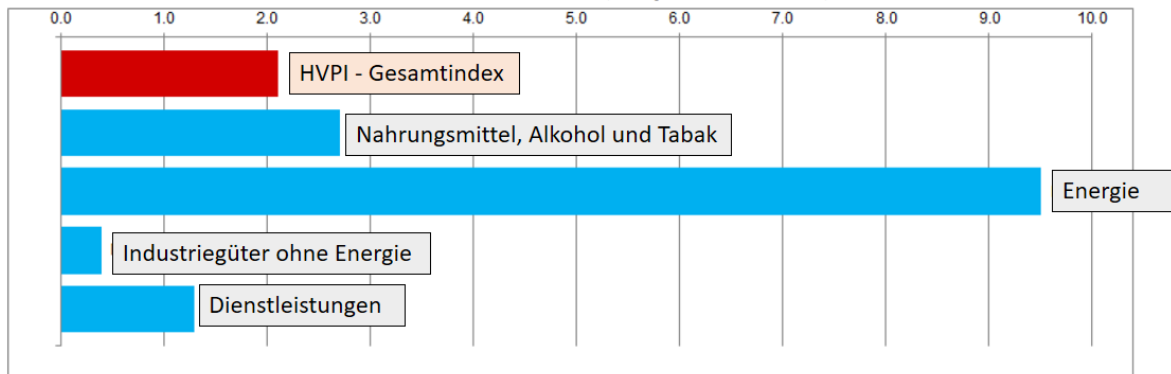


© Bloomberg

Im Gegensatz zu den USA konnte Europa kein nachhaltiges Wachstum vorweisen. Die wirtschaftlichen Daten des 3. Quartals schwächelten etwas und die Wachstumsaussichten trübten sich ein wenig ein, obwohl zumindest der Einkaufsmanagerindex im September Anlass zu Optimismus gab.

Regionale politische Spannungen trugen zur Volatilität bei. Die Schuldenpläne der neuen italienischen Regierung halten die italienischen Staatsanleihen weiterhin unter Druck, während der Markt auf eine Stellungnahme der EU zu den italienischen Budgetvorstellungen wartet.

Die anhaltenden Handelskonflikte einerseits und die Brexit-Verhandlungen andererseits lassen Zweifel an den zukünftigen Wachstumsaussichten aufkommen. An der vorsichtigen Positionierung der EZB hat sich nichts geändert. Der Rat der EZB hat im September bestätigt, dass die ersten Zinsanhebungen frühestens Mitte 2019 zu erwarten sind, jedenfalls aber erst, wenn sich mittelfristig Inflationsraten von etwa 2% abzeichnen. Derzeit ist die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) in der Eurozone nach wie vor niedrig, aber Energie und Nahrungsmittel tragen überproportional zum Anstieg der Gesamtinflation (Verbraucherpreisindex) bei.

Euroraum jährliche Inflation , September 2018 , %

Quelle: EuroStat, erwartete Inflation September 2018

Nachdem die EZB das Wertpapierkaufprogramm zuvor schon reduziert hatte, soll es im Dezember 2018 nach einem Kaufvolumen von 2,6 Billionen Euro enden, was tendenziell höhere Zinsen begünstigt. Da jedoch parallel dazu auch die Emissionsvolumen einiger Euro-Staaten sinken - Italien ist da vielleicht eine Ausnahme - wird die Auswirkung geringer sein.

Obwohl die Brexit-Verhandlungen bis dato nicht von Erfolg gekrönt waren, hat sich die wirtschaftliche Lage Großbritanniens aufgrund starker Inlandsnachfrage bisher weitgehend positiv entwickelt. Die Bank of England hat im August die Zinsen um 0,25% angehoben, sich aber bzgl. weiterer Zinsanhebungen vorsichtig gezeigt.

Die japanische Wirtschaft beginnt Zeichen von verstärktem wirtschaftlichen Aufschwung zu zeigen - Konsum und Investitionen wachsen, begleitet von steigendem Kundenvertrauen und Haushaltseinkommen. Die japanische Zentralbank setzt - wenn auch sehr kleine - Schritte, die extrem straffe Zinspolitik der vergangenen Jahre zu lockern und auch die jüngsten Handelsvereinbarungen mit den USA tragen positiv dazu bei.

Chinas Wirtschaft ist weiterhin auf dem Wachstumspfad, doch zeigen sich Anzeichen einer Abkühlung, was vor allem dem Handelskrieg mit den USA, aber auch der sich verlangsamenden Inlandsnachfrage und Industrieproduktion geschuldet ist. Dies war

im Wesentlichen dem Schuldenabbau im öffentlichen Sektor sowie den Ängsten über mögliche Auswirkungen eines Handelskrieges mit den USA geschuldet. Die chinesische Regierung versucht, das Wachstum für den Rest von 2018 mit stimulierenden Maßnahmen wie einer Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen zu stabilisieren.

Ein starker US-Dollar, steigende Ölpreise und die anhaltenden Unsicherheiten über Handelsbarrieren beeinträchtigen weite Teile der Emerging Markets. Dies trifft auf die Aktien, die deutlich schlechter als die entwickelten Märkte performten, aber auch auf die Emerging Markets Anleihen zu, die auch unter dem Verfall einiger lokalen Währungen leiden.

Märkte

Europäische und Emerging Markets Aktien litten im 3. Quartal unter den vorhin erwähnten politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, insbesondere den Handelskonflikten und dem erstarkenden US-Dollar.

Die amerikanischen Aktienmärkte blieben von den Handelskonflikten unbeeindruckt und performten im 3. Quartal deutlich positiv. Der S&P 500 erzielte den höchsten Quartalszuwachs seit 2013, wobei Technologieaktien besser performten als der Finanzsektor.

Performance der Aktien (in EUR) im abgelaufenen Quartal (Quelle: MSCI):

Eurozone	-0,1%
Europa	+0,9%
Nordamerika	+7,2%
BRIC	-4,6%
China	-8,0%
EM Europe	+1,1%

Rohstoffe performten im 3. Quartal ziemlich ausgeglichen, während Rohöl den stärksten Anstieg seit über 4 Monaten erlebte und auch die Aktien von Energieversorgern beflügelte, verloren Edelmetalle und Industriemetalle signifikant. An den Anleihemärkten wurden die globalen Märkte von den US Titeln klar geschlagen, sowohl bei den Staatsanleihen als auch im Bereich der Risikoanleihen, die vom steigenden Risikoappetit der Anleger profitierten.

Ausblick

Für die verbleibenden Monate von 2018 werden weiterhin die Handelskonflikte vor allem zwischen den USA, China und der Türkei, der Ölpreis, die Entwicklung des US-Dollar und geopolitische Risiken bestimmend für die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für die Veranlagung der Pensionskassen sein.

Pensionskassen fordern Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Sommergespräche des Fachverbandes der Pensionskassen mit zahlreichen heimischen Journalisten forderte Obmann Mag. Zakostelsky Reformen und den raschen Ausbau der heimischen Zusatzpensionen. Konkret wurden die steuerliche Absetzbarkeit von Arbeitnehmerbeiträgen und ein Prämienmodell für Geringverdiener vorgeschlagen.

Ein erklärtes, übergeordnetes volkswirtschaftliches Ziel der Pensionskassen ist es, die betriebliche Altersvorsorge in Österreich möglichst vielen Menschen zugutekommen zu lassen. Auch die Bundesregierung hat sich im aktuellen Regierungsprogramm erfreulicherweise klar für den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich ausgesprochen.

Ein Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie die staatliche Pension durch eine betriebliche Zusatzpension massgeblich erhöht werden kann: Bei einem Bruttomonatsgehalt von 1.500 Euro erhält man nach 40 Jahren Berufstätigkeit ab dem 65. Lebensjahr 1.107 Euro an staatlicher Pension. Bei einem Pensionskassenbeitrag von Arbeitgeber und Arbeitnehmer von je 2,5 Prozent ergeben sich bei einem Eintrittsalter von 25 Jahren zusätzlich 233 Euro betriebliche Zusatzpension (14 Mal jährlich ausbezahlt).

Maßnahmen zur Stärkung der zweiten Säule

„Ich gehe davon aus, dass im kommenden Jahr - nach dem Ende der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft - einhergehend mit der Reform des Einkommenssteuergesetzes Schritte zur Attraktivierung der zweiten und dritten Pensionssäule konzipiert werden“, erklärt Andreas Zakostelsky. „Wir Pensionskassen stehen jederzeit zur Verfügung, unsere Vorschläge, die auf dem Regierungsprogramm basieren, zu erläutern und einzubringen. Bei Vorgesprächen mit Sozialpartnern haben wir bereits sehr gutes Feedback erhalten. So ist etwa das Prämienmodell für Geringverdiener bei ÖGB und Arbeiterkammer auf offene Ohren gestoßen.“

Vorschlag: Steuerliche Absetzbarkeit für Arbeitnehmerbeiträge kombiniert mit Förderungen für Geringverdiener

Konkret schlägt der Fachverband der Pensionskassen vor, dass in Zukunft auch Arbeitnehmer ihre Beiträge zur Pensionskasse steuerlich absetzen können. Derzeit besteht die steuerliche Absetzbarkeit nur für Beiträge der Arbeitgeber für Mitarbeiter im Ausmaß von bis zu 10 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme. Ermöglicht werden soll das auch für Arbeitgeberbeiträge für geschäftsführende Gesellschafter.

Für Geringverdiener soll es ergänzend dazu ein Prämienmodell geben. Orientieren kann man sich bezüglich einer etwaigen Obergrenze beispielsweise an der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung. Kosten für den Staat entstehen dadurch nicht. Die steuerliche Absetzbarkeit ist ein Steueraufschub. Die aus den Beiträgen resultierende Pension wird dann wie international üblich versteuert.

Angesprochen wurde auch ein Vorschlag zur "Abfertigung neu". Die in den Vorsorgekassen angesparten Beträge sollen künftig steuerfrei auch dann in eine Pensionskasse bzw. an Anbieter von betrieblicher Altersvorsorge übertragen werden können, wenn die Arbeitnehmer aktuell noch keinen Pensionskassenvertrag haben.

Novelle des Pensionskassengesetzes

Eine technische Novelle des Pensionskassengesetzes zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zum Pensionskassenwesen wird bis 1. Jänner 2019 notwendig. Dabei geht es vor allem um Governance, Informationspflichten und grenzüberschreitende Geschäfte. Die meisten Verpflichtungen sind allerdings in Österreich schon jetzt erfüllt. Die österreichischen Pensionskassen sind in puncto Transparenz bereits „Europameister“.

Sonderpublikation „Vorsorge und Verantwortung - Antworten für die Zukunft“ mit dem Dr. Karl Kummer Institut

Das Dr. Karl Kummer Institut widmet sich seit jeher der Behandlung von gesellschaftspolitisch und insbesondere sozialpolitisch wichtigen Themen. Was lag daher für den Fachverband der Pensionskassen näher, als eine Sonderpublikation zum Thema Vorsorge und Pensionen anzuregen und gemeinsam herauszugeben.

Die Publikation mit dem Titel „Vorsorge und Verantwortung - Antworten für die Zukunft“ nimmt sich mit diesem Titel viel vor. Die Vielschichtigkeit des Themas und die unterschiedlichen Zugänge sollen sich in dieser Sonderpublikation widerspiegeln. Es wurden volkswirtschaftliche Auswirkungen des österreichischen Pensionssystems betrachtet und Ansätze für die Weiterentwicklungen dieses Systems ebenso dargestellt, wie beispielsweise Bildung als zentrale Voraussetzung für Eigenverantwortung und Vorsorge.

Die Beiträge in dieser Publikation betrachten Vorsorge als wichtigen Aspekt der Standortsicherung ebenso, wie sie auf die Zukunft der Arbeit eingehen und auf die Herausforderungen, die sich daraus für die Altersvorsorge ergeben. Ein Schwerpunkt widmet sich auch unserem aktuellen Pensionssystem (allen drei Säulen) und den Optionen, wie dieses weiterentwickelt und nachhaltig sicher gestaltet werden kann.

Klingende Namen als Gast-Autoren

Als Gast-Autoren konnten zahlreiche prominente Wissenschaftler und Politiker gewonnen werden, darunter klingende Namen wie der leitende Sekretär des ÖGB Mag. Bernhard Achitz, der Vizedekan der Universität für Weiterbildung in Krems Prof. Dr. Gottfried Haber, die Vizerektorin der Pädagogischen Hochschule Steiermark BMin a.D. Prof. Dr. Beatrix Karl, IHS-Chef Prof. Dr. Martin Kocher, die Präsidentin des F.A.v. Hayek Institutes Dr. Barbara Kolm, Agenda-Austria Geschäftsführer Dr. Franz

Schellhorn oder ÖAAB-Bundesobmann Abg.zum NR August Wöginger. Das Geleitwort verfasste Dr. Josef Taus.

Sehr gut besuchte Präsentation der Sonderpublikation

Diese Publikation wurde am 5. Juli 2018 im Dachfoyer des Justizpalastes der Öffentlichkeit präsentiert. Es waren weit über 100 Gäste aus Politik und Wirtschaft vor Ort. Die Begrüßung übernahmen Dr. Norbert Schnedl, Obmann des Dr. Karl Kummer Institutes und ÖGB Vizepäsident sowie Mag. Andreas Zakostelsky als Obmann des Fachverbandes. Einen bemerkenswerten Gastvortrag hielt Dr. Josef Taus. Im Anschluss daran stellten Dr. Barbara Kolm und Prof. Dr. Martin Kocher ihre Beiträge vor.



v.l.n.r.: Mag. Zakostelsky, Dr. Taus, Dr. Schnedl und Mag. Rauner © Petra Maringer/FVPK

Gesellschaft & Politik

Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement

Andreas Zakostelsky/Alexander Rauner (Hrsg.)

Vorsorge und Verantwortung – Antworten für die Zukunft“

Inhalte:

- Vorsorge durch Bildung
- Rolle der Pensionsvorsorge zum Schutz vor Altersarmut
- Vorsorge als Instrument der Sozialpolitik, als Standortthema und als Verantwortung von Staat und Bürgern
- Die Bedeutung von betrieblicher und privater Pensionsvorsorge für den Standort Österreich
- Die Zukunftstauglichkeit des österr. Pensionssystem
- Die Sicherung der Lebensqualität im Alter
- Pensionen sichern wie Schweden
- Die Zukunft des österreichischen Systems der Daseinssicherung



Mit Beiträgen von:
*Bernhard Achitz, Helwig Aubauer, Gottfried Haber, Beatrix Karl, Asdin El Habbassi,
Martin Kocher, Barbara Kolm, Martina Rosenmayr-Khoshideh, Wolfgang Nagl,
Franz Schellhorn, Norbert Schnedl, Josef Taus, Hedwig Unger, August Wöginger,
Andreas Zakostelsky*

Dr. Karl Kummer Institut Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik

1/18

54. Jahrgang
Juni, 2018
Heft 1

Zusatzpensionen als Ergänzung zur staatlichen Pension müssen rasch ausgebaut werden

Forderungen der ARGE Zusatzpensionen zum Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge fiel bei Top-Politikern und Sozialpartnern auf fruchtbaren Boden.

Am Freitag, den 28. September 2018 fand in Wien die fünfte jährliche Enquete zum heimischen Pensionssystem statt. Die weit mehr als 100 Gäste aus Wirtschaft, Sozialpartnerschaft und Politik hörten für Österreich erstaunlich klare Worte zur Zukunft des Pensionssystems: „Die Herausforderungen bei unserem Pensionssystem müssen rasch in Angriff genommen werden.“



Mag. Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen © Petra Maringer/FVPK

Es gilt Reformen umzusetzen, bevor die nächsten Generationen in Pension gehen“. „Man wird sich überlegen müssen, wie man die betriebliche und private Altersvorsorge als Ergänzung zur staatlichen Pension zügig ausbauen kann“. „Es braucht einen Schulterschluss der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretungen, um gemeinsam etwas Gutes zu erreichen.“ So lauteten einige Sager von anwesenden Ministern und Abgeordneten zum Nationalrat. Einig waren sich alle prominenten Gastsprecher mit den Veranstaltern, der ARGE Zusatzpensionen: Österreich braucht ein stabiles Pensionssystem mit einer starken, staatlichen ersten Säule. Deren Zusammenwirken mit betrieblichen und privaten Pensionsangeboten (2./3. Säule) als wichtige Ergänzungen soll durch Maßnahmen der Bundesregierung zügig ausgebaut werden.

„Mit der jährlichen Enquete der ARGE Zusatzpensionen wollen wir die Herausforderungen an das gesamte österreichische Pensionssystem aufzeigen und ohne ideologische Vorbehalte diskutieren. Das ist uns dieses Jahr mit höchst prominenten Sprechern - drei Ministern und zahlreichen Abgeordneten - aber auch mit klaren Ansagen unserer Gäste gelungen. Der Ruf nach dem Ausbau der Zusatzpensionen in Österreich ist mittlerweile beinahe unüberhörbar“, erklärt Mag. Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen und Initiator der ARGE Zusatzpensionen. Diese ARGE besteht aus allen Anbietern von Zusatzpensionen in Österreich, also dem Fachverband der Pensionskassen, dem Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO, der Plattform der betrieblichen Vorsorgekassen und der Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften.



v.l.n.r.: Andreas Csurda, Vorstandsvorsitzender der Plattform der Betrieblichen Vorsorgekassen / Univ.-Prof. Dr. Rainer Münz, Special Advisor on Migration & Demography, European Political Strategy Center / DI Manfred Rapf, Sprecher der Sektion Lebensversicherung im österreichischen Versicherungsverband VVO / Ewa Björling, ehemalige schwedische Ministerin / Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz / Mag. Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen / Dr. Fritz Janda, Geschäftsführer des Fachverbandes der Pensionskassen / Mag. Heinz Bednar, Präsident der Vereinigung Österreichischer Investmentfondsgesellschaften

© Petra Maringer/FVPK

„Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern hat Österreich noch einen gewissen Nachholbedarf“

Univ.-Prof. Dr. Rainer Münz, Special Advisor on Migration & Demography, European Political Strategy Center erklärte in seiner Keynote: „Das österreichische Pensionssystem steht in den nächsten Jahren vor größeren Herausforderungen. Unsere Lebenserwartung steigt jedes Jahr um zwei bis drei Monate. Zugleich wird mit den Baby-Boomern die stärkste Generation des 20. Jahrhunderts in den Ruhestand gehen. Um unser System im Gleichgewicht zu halten, müssen wir in dieser Situation entweder länger arbeiten und später in Pension gehen, mehr Zuwanderer in den

Arbeitsprozess integrieren oder gewisse Abschläge in Kauf nehmen. Zumindest für jene, die nicht länger arbeiten möchten, könnte dies bedeuten, dass die staatliche Pension möglicherweise nicht so hoch ausfallen wird, wie erhofft. Wer nach dem Blick aufs eigene Pensionskonto zu dem Schluss kommt, dass die bei Pensionierung im Alter zwischen 60 und 65 Jahren zu erwartende Pension zu niedrig ist, hat aber – je nach Arbeitgeber und Einkommenshöhe – die Möglichkeit, sich mit einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge abzusichern. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern hat Österreich hier noch einen gewissen Nachholbedarf“.

BM Moser: „Man wird sich überlegen müssen, wie man die betriebliche und private Altersvorsorge als Ergänzung zur staatlichen Pension zügig ausbauen kann“

„Österreich wird älter, und das ist auch gut so. Im Jahr 2050 werden in Österreich über eine Million Menschen über 80 Jahre alt sein. Diese erfreuliche Entwicklung auf der einen Seite bringt aber auch neue Herausforderungen auf der anderen Seite mit sich - besonders für unser Pensionssystem.



Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

© Petra Maringer/FVPK

Für diese Herausforderungen gilt es entsprechende Lösungen zu erarbeiten. Drei mögliche Ansätze werden hier zu diskutieren sein: Eine erste Möglichkeit wäre die Pensionsbeiträge zu erhöhen. Da der Faktor Arbeit in unserem Land aber bereits sehr hoch besteuert ist, stellt sich hier die Frage der Sinnhaftigkeit.

Weiters wäre es möglich, die Pensionsleistungen zu senken, was allerdings die finanzielle Absicherung aller stark beeinträchtigen würde. Ein dritter Weg besteht darin, die gestiegene Lebenserwartung an ein gestiegenes Pensionsantrittsalter zu koppeln. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass parallel dazu Pensionsprivilegien beseitigt werden. Auch wird man sich zusätzlich überlegen müssen, wie man die betriebliche und private Altersvorsorge als Ergänzung zur staatlichen Pension zügig ausbauen kann. Neben den technischen Voraussetzungen, die wir dafür in der Politik und Verwaltung bewältigen müssen, gilt es aber vor allem in der Bevölkerung Bewusstsein und Vertrauen zu schaffen und Lösungsvorschläge zu diskutieren, um diese dann rasch gemeinsam umzusetzen. Hier leistet die Enquete der ARGE Zusatzpensionen einen wichtigen Beitrag“, erklärt Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz.

BM Löger: Steuerreform 2020: Positiver Einfluss auf das Thema private und betriebliche Vorsorge

Finanzminister Hartwig Löger fand in seiner Video-Botschaft an die Gäste der Enquete ebenfalls klare Worte: „Ich persönlich habe auch aus dem Regierungsprogramm heraus den Auftrag, das Thema Zusatzpension sowohl auf der Ebene der betrieblichen Pensionen als auch der privaten Vorsorge, als sinnhafte und notwendige Ergänzung zur staatlichen Pension zu fördern. Wir sind derzeit mitten in den Diskussionen über die Steuerreform, die wir ab 2020 in die Umsetzung bringen werden. Ein wichtiger Aspekt dabei wird auch sein, positiven Einfluss auf das Thema private Vorsorge und betriebliche Vorsorge zu nehmen.“

„Der Ausbau der Zusatzpensionen steht auf unserer Tagesordnung“, so Abg. zum NR Andreas Hanger, ÖVP

„Der Ausbau der betrieblichen und privaten Zusatzpensionen in Österreich steht nicht nur im aktuellen Regierungsprogramm, er steht auch in den nächsten Monaten im Rahmen der großen Steuerreform für 2020 auf unserer Tagesordnung. Wir wollen die Eigenverantwortung stärken, die technische Seite dieses Vorhabens muss allerdings noch entsprechend gestaltet werden, Ziel ist eine Win-Win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber“, so Andreas Hanger. „Um unser gutes Pensionssystem abzusichern, braucht es nachhaltige Reformen und eine gute Kommunikation. Nur ein Beispiel: Die größten Ängste vor einer Pensionsreform liegen bei jenen, die es gar nicht betrifft – bei den Pensionisten. Und wir brauchen einen positiven Zugang zum Kapitalmarkt, die durchschnittlichen Erträge der österreichischen Pensionskassen in den letzten Jahrzehnten können sich wirklich sehen lassen. Und davon profitiert jeder Einzelne.“

Einige der anwesenden Abgeordneten zum Nationalrat und Experten mahnten allerdings neben den deutlichen Bekenntnissen zur Reform auch ein, die richtigen Schritte auf Basis internationaler Beispiele zu setzen. Dabei waren oft Verweise auf internationale Erfolgsprojekte, wie etwa die Pensionsreform in Schweden, zu hören.

„Wie es anders geht, zeigen die Schweden“, so Franz Schellhorn von der Agenda Austria

„Seit 1970 ist die Lebenserwartung um 11 Jahre gestiegen, wir gehen aber im selben Alter in Pension wie damals. Wenn die Politik die offensichtlichen Probleme weiter ignoriert, drohen ganze Jahrgänge in die Altersarmut abzurutschen“. Wie es anders geht, zeigen die Schweden“, erklärte Dr. Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria.



Dr. Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria © Petra Maringer/FVPK

Das schwedische Pensionssystem - ein Vorbild für Europa?

„Das schwedische Rentensystem trat 1999 in Kraft. Die größte Neuerung dabei war der Wechsel von einem leistungsorientierten zu einem beitragsorientierten System. Vor der Reform galten die Renten als ein soziales Recht, wobei eine bestimmte Ersatzquote im Verhältnis zum Gehalt vor der Pensionierung versprochen wurde. Nach der Reform ergibt sich die Rente aus den Ersparnissen während des Arbeitslebens. Diese Änderung bedeutete auch eine neue Situation bei der Renteninformation. Nach nunmehr fast 20 Jahren sehen wir, dass das schwedische Rentensystem im Allgemeinen gut funktioniert und sind stolz darauf, eine Art Vorbild für andere Länder in Europa zu sein“, so Ewa Björling, ehemalige schwedische Ministerin in ihrem Vortrag zum schwedischen Pensionssystem.

Abg. zum NR Gerald Loacker, NEOS: „Bei der Pension geht es sehr stark um transparente Information“

„Wir arbeiten im Schnitt seit Jahren gleich lang, leben länger und beziehen daher auch mehr Pension vom Staat. Mit dem bestehenden Pensionssystem bürden wir daher der jüngeren Generation immer mehr auf - das ist nicht vertretbar, hier muss man rasch handeln“, forderte auch Gerald Loacker, Sprecher für Arbeit & Soziales bei den NEOS. „Bei der Pension geht es sehr stark um transparente Information. Schweden ist da eindeutig ein Vorbild - jeder Schwede bekommt jährlich eine kombinierte Aufstellung, wie viel Pension er aus erster, zweiter und dritter Säule beziehen wird.“

„Wir könnten von internationalen Beispielen wie Schweden oder Dänemark lernen, passende Elemente übernehmen und unser System verbessern“, so Barbara Kolm vom F. A. v. Hayek Institut

„Transparenz, öffentliche Diskussion und Einbindung aller Beteiligten wie zum Beispiel in Schweden hilft den Menschen zu verstehen, wie so ein Pensionssystem funktioniert. Damit stärkt man auch den Anreiz, individuelle Pensionsvorsorge zu betreiben“, so Dr. Barbara Kolm, Präsidentin des F.A. v. Hayek Instituts. „Für mich stehen - nicht nur bei der Pensionsfrage - Verantwortung für die nächste Generation als auch Selbstbestimmung im Focus. Zusätzliche, incentivierte Wahlmöglichkeiten sollten neben einer gesicherten staatlichen Pensionsgrundversorgung angedacht werden. Dabei können wir in Österreich von internationalen Best Practice Beispielen wie Schweden oder Dänemark lernen, passende Elemente übernehmen und unser System verbessern.“



v. l. n. r.: CR Ronald Barazon, Abg. z. NR Mag. Gerald Locker, Sprecher für Arbeit & Soziales NEOS / Abg. z. NR Mag. Andreas Hanger, Österreichische Volkspartei / Dr. Josef Wöss, Leiter der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien / Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, Direktor Institut für Höhere Studien (IHS) / Dr. Barbara Kolm, Präsidentin des Friedrich August v. Hayek Instituts und Direktorin des Austrian Economics Center / Dr. Johannes Turner, Direktor der Hauptabteilung Statistik der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) Investmentfondsgesellschaften © Petra Maringer/FVPK

Martin Kocher, IHS: „Reformen umsetzen, bevor die nächsten Generationen in Pension gehen“

Diese künftigen Reformen sehen Pensionsexperten wie Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, Direktor Institut für Höhere Studien (IHS), auch sehr stark als Kommunikationsaufgabe: „Wichtig ist es, in der Bevölkerung ein Verständnis dafür zu schaffen, was an Reformen beim Pensionssystem notwendig ist. Das ist die Voraussetzung, dass nachhaltige Reformen auch in Österreich funktionieren. Die Herausforderungen bei unserem Pensionssystem müssen allerdings rasch in Angriff genommen werden. Es gilt, Reformen umzusetzen, bevor die nächsten Generationen in Pension gehen – denn sonst haben wir mit dem bestehenden System ganz sicher ein Problem.“

„Zusatzpensionen können als Ergänzung - nicht aber als Ersatz - durchaus Sinn machen“, so Josef Wöss von der AK Wien

Josef Wöss von der AK Wien sieht diesen Reformdruck nicht ganz so dringend: „Wir haben in Österreich ein starkes staatliches Pensionssystem, das durch die bereits durchgeführten Reformen auf den bevorstehenden demografischen Wandel gut vorbereitet ist“, erklärt Dr. Wöss, Leiter der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien. „Zusatzpensionen können als Ergänzung - nicht aber als Ersatz - durchaus Sinn machen, am besten im Rahmen kollektiver Ansätze wie bei den Betriebspensionen.“

Manfred Rapf, VVO: „Wir wollen uns im Reformprozess aktiv einbringen“

„Auch mit der diesjährigen Enquete sehen wir uns als Impulsgeber und bieten als Anbieter von Zusatzpensionen ein Diskussionsforum zum Thema kapitalgedeckte Vorsorge. Jeder in unserer Branche hat bereits konkrete Lösungsansätze zur Unterstützung des Reformprozesses bei den Zusatzpensionen erarbeitet. Wir stehen zu unserer Verantwortung und wollen uns im Reformprozess aktiv einbringen, um das gesamte System erfolgreich weiterzuentwickeln“, so DI Manfred Rapf, Sprecher der Sektion Lebensversicherung im österreichischen Versicherungsverband VVO.

„Jede Österreicherin und jeder Österreicher sollen eine Zusatzpension bekommen“, so Andreas Zakostelsky, Fachverband der Pensionskassen

„Wichtig ist uns als ARGE Zusatzpensionen der übergreifende Ansatz: Daher lade ich alle Sozialpartner und insbesondere die Arbeitnehmervertreter aktiv dazu ein, mitzuhelfen, dass jede Österreicherin und jeder Österreicher eine Zusatzpension bekommen“, erklärte Mag. Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen zum Abschluss der Enquete 2018.

Über den Fachverband der Pensionskassen

Der 1992 gegründete Fachverband der Pensionskassen ist die Vertretung aller betrieblichen und überbetrieblichen Pensionskassen Österreichs und gehört zur Bundessparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich. Derzeit sind fünf überbetriebliche und vier betriebliche Pensionskassen Mitglied im Fachverband.

Bei Pensionskassenverträgen zahlen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in Pensionskassen monatlich Beiträge ein, die später in der Pension verzinst ausbezahlt werden. Derzeit haben über 924.000 ÖsterreicherInnen oder 23 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen Anspruch auf eine Firmenpension. Insgesamt veranlagen die neun Pensionskassen ein Vermögen von über 22,6 Mrd. Euro - sie sind der größte private Pensionszahler Österreichs.

Rückfragehinweis

Fachverband der Pensionskassen

Tel.: +43 (0)5 90 900-4108

E-Mail: fvpk@wko.at

Web: <http://www.pensionskassen.at>

Rechtlicher Hinweis

Alle Angaben wurden sorgfältig erhoben und recherchiert, trotzdem sind Fehler nicht ausgeschlossen. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für das Eintreten von Prognosen wird keine Gewähr übernommen und jede Haftung ist ausgeschlossen. Der Inhalt dieser Unterlage zielt nicht auf die Bedürfnisse einzelner Pensionskassen oder Pensionskassen-Berechtigter ab, sondern ist genereller Natur und basiert auf dem neuesten Wissensstand, der mit der Erstellung betrauten Personen zu Redaktionsschluss. Die Informationen sind sowohl für die persönliche Verwendung bestimmt, als auch zur redaktionellen Verwendung freigegeben. Die erforderlichen Angaben zur Offenlegungspflicht gemäß § 25 Mediengesetz sind unter folgendem Link verfügbar: <https://www.wko.at/branchen/bank-versicherung/pensionskassen/Offenlegung.html>